

# Kurzinformationen

## Papstschreiben über die Kirche in Afrika

Zum Auftakt seiner jüngsten Afrikareise vom 14. bis 20. September unterzeichnete Johannes Paul II. in Yaoundé (Kamerun) das nachsynodale Apostolische Schreiben „Ecclesia in Africa“. Es handelt sich dabei um das Ergebnisdokument der Sonderversammlung der Bischofssynode für Afrika vom Frühjahr 1994 (vgl. HK, Juni 1994, 304 ff.). Das umfangreiche Schreiben behandelt wie schon die Synode selber eine breite Palette von Themen zur religiös-kirchlichen und politisch-gesellschaftlichen Situation des afrikanischen Kontinents. Über weite Strecken hinweg bezieht sich der Text auf die Arbeit und Ergebnisse der Afrikasynode; die entsprechenden Dokumente, vor allem auch die von der Synode zum Abschluß ihrer Arbeit verabschiedeten und dem Papst übergebenen „Propositionen“ werden breit zitiert. Auch sonst greift „Ecclesia in Africa“ vielfach auf schon vorliegende kirchliche, vor allem päpstliche Äußerungen zur Kirche in Afrika zurück. Das Schreiben unternimmt einen Rückblick zum einen auf Vorgeschichte und Verlauf der Afrikasynode von 1994, zum anderen auf die Kirchen- und Missionsgeschichte Afrikas. Johannes Paul II. spricht sich mit der Synode für den Dialog mit dem *Islam* und mit den *traditionellen afrikanischen Religionen* aus. Beim Dialog mit den Muslimen sollten falsche Irenik wie militanter Fundamentalismus vermieden werden; die Anhänger der traditionellen Religionen seien mit „großer Achtung und Wertschätzung“ zu behandeln. Von der Inkulturation wird in eher allgemeinen Wendungen gesprochen: Es gehe darum, daß die „Jünger Christi die Botschaft des Evangeliums immer besser aufnehmen und dabei doch allen echten afrikanischen Werten treu bleiben“ (Nr. 78). Die Teilkirchen Afrikas fordert das Schreiben dazu auf, soweit wie möglich finanziell unabhängig zu wer-

den und selbst für ihre Bedürfnisse aufzukommen. Die Päpstlichen Missionswerke sollten bedürftigen Diözesen wirtschaftliche Hilfen für Investitionsvorhaben gewähren, um so Möglichkeiten für eine zunehmende Eigenfinanzierung schaffen zu können. Mit eindringlichen Worten spricht das Schreiben die politisch-gesellschaftlichen Fehlentwicklungen Afrikas an: „Ein kräftiges Aufrütteln der Gewissen, verbunden mit einem starken Willensentschluß ist notwendig, um jene Lösungen zu verwirklichen, für die nunmehr kein Aufschub mehr möglich ist“ (Nr. 110).

## Papstbrief an die österreichischen Bischöfe

In einem in Inhalt und Diktion ungewöhnlichen Brief (mit Datum vom 8.9.95) wandte sich Papst Johannes Paul II. wenige Tage vor dem Rücktritt des Erzbischofs von Wien, Kardinal *Groer*, an die österreichischen Bischöfe. Der Brief enthält eine einseitige Kommentierung der Ereignisse der letzten Monate innerhalb der katholischen Kirche Österreichs (vgl. HK, Juni 1995, 296 ff.) und aufmunternde Worte an die Adresse einzelner namentlich genannter Bischöfe bzw. der Mitglieder der Österreichischen Bischofskonferenz einschließlich ihres Vorsitzenden. Die Gemeinden in Österreich seien „der Versuchung des Säkularismus aufgrund der Schwächung des Glaubenslebens“ ausgesetzt. Die Kirche Christi werde „von einigen nur mehr als eine irdische Vereinigung betrachtet, die dem freien Belieben ihrer Mitglieder unterworfen“ sei. Die Kirche werde nicht mehr als diejenige gesehen, die versuchen müsse, „den Willen Christi in der Geschichte zu verwirklichen, sondern als die, die den wechselnden Winden der Lehre einzelner Menschen zu folgen hat“. „Das, was der Mehrheit im Augenblick angenehm ist“, werde „zur Norm, die zu befolgen ist“, heißt es in offensichtlicher Anspielung auf

das österreichische Kirchenvolksbegehren (vgl. HK, August 1995, 404 ff.). Die Pädophilie-Anschuldigungen gegenüber Kardinal *Groer* und das versuchte „Outing“ mehrerer Bischöfe wegen angeblicher homosexueller Neigungen (vgl. HK, September 1995, 458) werden unterschiedslos und zusammengefasst als „Prüfung“ bezeichnet, deretwegen der Papst den Bischöfen seine „Solidarität“ zum Ausdruck bringt. Die „Leiden“ dieser Prüfung werden im dritten Abschnitt des Briefes mit jenen von Christus vorhergesehenen „Schlägen“ in Verbindung gebracht, die „die Kirche in ihren frühesten Anfängen“ habe erleiden müssen. Er hoffe, daß im Fall der Kirche in Österreich „der Versuch der Zerstörung keinen Erfolg hat“, da der Großteil der österreichischen Gläubigen die von ihren Hirten versehene selbstlose Arbeit zu schätzen wisse und folglich nicht gestatten werde, „daß der Unfrieden von Verdächtigungen, Kritiksucht und Zwietracht in Euren Ortskirchen die Oberhand gewinnt“. Namentlich erwähnt der Brief die Kardinal *König* und *Groer* sowie dessen Nachfolger *Christoph Schönborn*. In der Deutung der Vorgänge, gerade auch den biblischen Parallelen, die er bemüht, erinnert der Brief stark an Positionen, die der umstrittene St. Pölten-Bischof *Kurt Krenn* wiederholt eingenommen hat.

## Kritisches Echo auf das Kirchenvolksbegehren bei den deutschen Bischöfen

Ein durchaus nicht einheitliches, aber insgesamt deutlich kritisches Echo fand bisher das Mitte September angelauene Kirchenvolksbegehren (vgl. HK, September 1995, 456 f.) bei deutschen Bischöfen. Auf der Sitzung des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz Ende August legten sich die Bischöfe nicht auf ein gemeinsames Vorgehen gegen das Kirchenvolksbegehren fest, seien sich jedoch – so die

Auskunft des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler* – weitgehend einig in der Beurteilung der Initiative gewesen. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann*, distanzierte sich in einem KNA-Interview (6.9.95) – bei allem „Verständnis“ für manche Forderungen, das er auch zeigte: Für Form und Verfahren habe er kein Verständnis. Die Vorgaben in den Fragen des Initiativtextes seien „oft sehr pauschal und mehrdeutig“. Es würden „falsche Gegensätze aufgestellt und fragwürdige Andeutungen formuliert“. Vor allem kritisierte er – wörtlich sprach er von „verabscheuen“ – an dem Begehren das, was er „kirchliche Nabelschau“ nannte. Diese sei „typisch für Wohlstandskirchen und ihre verwöhnten Kinder“. „Wir müssen endlich an die Front, wo es lichterloh brennt, und nicht in den gesicherten Hinterhöfen hocken bleiben.“ Es komme auf Fragen an wie: „Gibt es Gott? Was heißt dies für mich, die Menschen, die Kirche? Was ist mit den geistlichen Berufungen?“ Warum unternahme niemand eine solche Aktion für Bosnien, fragte Lehmann. Das österreichische Vorbild dieser Initiative habe „einen grundlegend anderen Hintergrund und entstammt einer anderen Situation“. In einem ruhigeren Ton verwies der Freiburger Erzbischof *Oskar Saier* in einer Erklärung auf die bestehenden Möglichkeiten des innerkirchlichen Dialogs hin, vor allem auch auf das vor wenigen Jahren erst abgehaltene Freiburger Diözesanforum. Zusammen mit dem Ständigen Rat der Deutschen Bischofskonferenz sei er der Ansicht, „daß die ernsthaften Gespräche über die komplexen Fragen des Glaubens und der kirchlichen Entwicklung, die seit vielen Jahren auf den verschiedenen Ebenen geführt werden, durch das ‚Kirchenvolksbegehren‘... keine wirkliche Förderung erhalten, sondern durch mögliche negative Begleiterscheinungen, zum Beispiel die polarisierende Wirkung, eher beeinträchtigt werden“. In mehreren Diözesen wurde den kirchlichen Mitarbeitern untersagt, die Aktion zu unterstützen und in den Kirchen zu werben.

### Erklärung zum 50jährigen Bestehen der EKD

„Es ist an der Zeit, in der evangelischen Kirche alle Kräfte zu bündeln, damit wir mit Deutlichkeit, Profil und Selbstbewußtsein die Bedeutung des christlichen Glaubens für die ganze Gesellschaft überzeugend darstellen“, rief der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof *Klaus Engelhardt*, in einer am 25. August veröffentlichten Erklärung zum 50jährigen Bestehen der EKD auf. Schon kurz nach Kriegsende, vom 27. bis zum 28. August 1945, hatten sich im hessischen Treysa führende Vertreter der evangelischen Kirche getroffen und einen Neuanfang beraten. Nach zum Teil heftigen Kontroversen zwischen Gruppierungen wie dem „Lutherrat“ und dem Bruderrat der Bekennenden Kirche wurde in Treysa die vorläufige Ordnung der EKD verabschiedet und eine Kirchenleitung aus zwölf Mitgliedern unter Führung des württembergischen Landesbischofs *Theophil Wurm* gewählt. In den 50 Jahren seit ihrer Gründung, betonte Engelhardt in der Erklärung, habe sich die Gemeinschaft der EKD vielfach praktisch bewährt und, nicht zuletzt dank der Leuenberger Konkordie, auch geistlich vertieft. Zugleich mahnte der Ratsvorsitzende, die geistige Lage der Gesellschaft habe sich in diesem Zeitraum nachhaltig verändert, ihre Vielfalt zugenommen. Ausdrücklich warnte Engelhardt: „In einigen politischen Vorgängen aus der jüngsten Zeit – der Streichung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertag, der von einzelnen politischen Gruppierungen forcierten Infragestellung der geltenden Regelungen im Staat-Kirche-Verhältnis, der geringer werden Scheu vor der Verächtlichmachung religiöser Vorstellungen – wird das veränderte Klima spürbar.“ Die Notwendigkeit, die Handlungsfähigkeit der evangelischen Kirche zu gewährleisten, sei heute nicht geringer geworden als vor 50 Jahren. Die Landeskirchen und die EKD seien noch mehr als damals aufeinander ange-

wiesen. „In der Öffentlichkeit, im Verhältnis zum Staat, im Gespräch mit gesellschaftlichen Gruppen und, nicht zuletzt, gegenüber den anderen christlichen Kirchen und der Ökumene insgesamt brauchen wir eine starke Evangelische Kirche in Deutschland.“

### EKD-Studie fordert Arbeit für alle

Unter dem programmatischen Titel „Gemeinsame Initiative – Arbeit für alle“ hat die Sozialkammer der EKD Anfang September eine in mehrjähriger Arbeit entstandene Studie vorgelegt. Veröffentlicht wurde diese nun als Beitrag zum Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“. Zur Intention der Autoren heißt es im Vorwort: „Wir dürfen uns mit der hohen Arbeitslosigkeit nicht abfinden.“ All diejenigen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen könnten und dies wollen, sollten die Möglichkeit dazu erhalten. Acht Zielperspektiven zur Überwindung der Arbeitslosigkeit werden in der 60seitigen Studie formuliert, allen voran die Erhaltung bzw. das Erreichen der Vollbeschäftigung als grundlegendes Ziel der sozialen Marktwirtschaft. Arbeitslosigkeit sei sowohl aus humanen Gründen als auch unter wirtschaftlichen und fiskalischen Gesichtspunkten schädlich und auf Dauer unerträglich. Jedoch nur integrierte Lösungen seien als Wege aus der Arbeitslosigkeit erfolgversprechend, das Zusammenwirken also von Wirtschafts-, Finanz-, Geld-, Struktur-, Tarif- und Arbeitsmarktpolitik. Als weitere Zielpunkte werden genannt: die Erhaltung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt, die Ergänzung beschäftigungsfördernder Wirtschaftspolitik durch flexiblere Lösungen in der Gestaltung der Arbeitszeit, der Arbeitsorganisation und der Einkommenstruktur sowie die Notwendigkeit „öffentlich geförderter Arbeit“, wobei bestimmte Zielgruppen

des Arbeitsmarktes besonderer Unterstützung bedürftigen. Zugleich sei es Aufgabe des öffentlichen Sektors, den Strukturwandel hin zu mehr Dienstleistungen zu fördern. Angesichts der meist verheerenden Folgen für den einzelnen von Arbeitslosigkeit Betroffenen seien überdies neue Konzepte individueller Förderung dringlich, wobei stärker als bisher die örtlichen Arbeitsmarktakteure und Sozialhilfeträger mitwirken sollten. Zudem müsse bei allen Vorhaben und Förderungen der europäische Arbeitsmarkt und der „Industrie-Standort“ Europa im Blick sein. „Eine national begrenzte Arbeitsmarktpolitik ist weder möglich noch wünschenswert.“

## Die neueste Statistik der Kirche von England

Auch 1993 hat sich der zahlenmäßige *Abwärtstrend* in der Kirche von England fortgesetzt. Das belegt die jetzt veröffentlichte jüngste Statistik (Church Statistics. Some facts and figures about the Church of England

1995). Von 1000 lebendgeborenen Kindern in England wurden 1993 251 in den anglikanischen Diözesen der Provinzen Canterbury und York getauft (1984 waren es noch 347, 1970 fast noch die Hälfte). Zwischen einzelnen Bistümern bestehen dabei erhebliche Unterschiede. Während 1993 im Bistum London 98 anglikanische Taufen auf 1000 Lebendgeborene entfielen und in Birmingham 150, waren es in Lincoln 451 und in Hereford 471. *Konfirmationen* wurden 1993 52000 und 1994 48000 gespendet, wobei jeweils etwa 40 Prozent auf Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren und auf Menschen über 20 entfielen. Zum *Sonntagsgottesdienst* kamen im Berichtsjahr knapp 1,1 Millionen Besucher (1980 waren es 1,25 Mio und 1970 1,5 Mio). Demnach besuchten im Schnitt aller Diözesen 2,2 Prozent der Engländer anglikanische Sonntagsgottesdienste, auch hier mit regionalen Unterschieden: An der Spitze lagen die Diözesen Hereford (4,2 Prozent) und Salisbury (3,8 Prozent), am Ende der Statistik erscheinen Birmingham (1,3 Prozent) und mehrere

Diözesen mit einer Quote von 1,6 Prozent. Die Zahl der Kommunikanten an *Weihnachten* und *Ostern* liegt deutlich höher als die der Gottesdienstbesucher an normalen Sonntagen: 1993 wurden im Schnitt aller Diözesen 3,3 Prozent (der Gesamtbevölkerung) Osterkommunikanten und 3,8 Prozent Kommunikanten an Weihnachten gezählt. Auf 1000 Eheschließungen in England entfielen 1992 328 *anglikanische Trauungen*; dieser Anteil hat sich in den letzten fünfzehn Jahren kaum verändert. In der Kirche von England mit ihren knapp über 13000 Pfarreien gab es 1994 insgesamt 9666 männliche und 783 weibliche Diözesankleriker mit einem Durchschnittsalter von 49,4 Jahren. Etwa ein Fünftel der englischen Schulen sind der Kirche von England verbunden (kircheneigen oder von der Kirche unterstützt); an ihnen werden 12 Prozent der englischen Schüler unterrichtet. In die Wählerverzeichnisse der anglikanischen Pfarreien waren 1993 insgesamt 1,474 Mio Kirchenmitglieder über 26 eingeschrieben; hier ist die Tendenz seit 1990 leicht steigend.

## Bücher

MARTIN HONECKER, Grundriß der Sozialethik. Verlag de Gruyter, Berlin – New York 1995, 790 S. 78,- DM.

Fünf Jahre nach seiner „Einführung in die Theologische Ethik“ hat der Bonner evangelische Systematiker Honecker jetzt einen umfangreichen Grundriß der Sozialethik vorgelegt. Das Buch erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem sich durch den Konsultationsprozeß für ein gemeinsames Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage das Interesse für den spezifischen kirchlich-theologischen Beitrag zur Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen verstärkt hat. Honecker hält sich nicht lange bei sozialetischen

Grundlagen- und Methodenfragen auf (ein erstes, knapp gehaltenes Kapitel gilt „theologischen Weltdeutungen“ von der Zweireichelehre bis zur Theologie der Befreiung), sondern geht gleich *medias in res*: Seine Sozialethik, als Güterlehre konzipiert, behandelt nacheinander die großen Themenfelder Leben und Gesundheit; Ehe, Familie und Sexualität; Natur und Umwelt; Politik; Wirtschaft; Kultur; Kirche in der Gesellschaft. Der Band ist als Lehrbuch angelegt, das historisches Material, aktuelle theologische Positionen und kirchliche Stellungnahmen zu den jeweiligen Problemfeldern verarbeitet. Daß dabei Stellungnahmen aus dem protestantischen Bereich besonders breit herangezogen werden, versteht sich von selbst. Auch bei der

Auswahl und Behandlung der Themen ist die konfessionelle Zuordnung des Verfassers klar erkennbar. Katholische Positionen werden immer mitbehandelt und durchweg fair referiert und bewertet. Honeckers Darlegungen sind insgesamt von wohlthuender Nüchternheit. Er scheut sich auch nicht, Fragen zu stellen und offen zu lassen, anstatt vorschnelle theologisch-kirchliche Antworten zu geben. Schon im Vorwort äußert er sein Mißtrauen gegenüber „allen theologischen Positionen, denen Gottes Wille manifest, eindeutig erkennbar und greifbar zur Verfügung steht“ (S. XI). Ein solches Lehrbuch kann die einzelnen Themen nicht im Detail vertiefen und muß von daher Wünsche offen lassen; sein Wert liegt eher in der Gesamtschau, im zu-